



18. September 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Plenarwoche „Nachhaltigkeit und Klima“**
- **Finanzielle Entlastungen der Kommunen**
- **Brand im Flüchtlingslager Moria**
- **Bundeswahlgesetz**
- **Fair Play im Welthandel und Lieferkettengesetz**
- **Krankenhauszukunftsgesetz**
- **Bild der Woche**

Plenarwoche „Nachhaltigkeit und Klima“

Nachhaltigkeit ist mehr als ein ausgeglichener Haushalt. Nur im Dreiklang aus Ökologie, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltigem Wirtschaften kann es erreicht werden. Es betrifft alle Bereiche unseres Lebens: Klimaschutz, Arbeitsplatz, Gesundheit oder auch Ernährung. Durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie haben wir uns verpflichtet, ihm stets den notwendigen Stellenwert zukommen zu lassen.



Damit die Mitglieder des Deutschen Bundestags darüber regelmäßig ins Bild gesetzt werden fand zum ersten Mal eine Plenarwoche „Nachhaltigkeit und Klima“ statt. Hier einige ausgewählte Informationen und Forderungen der SPD:

- **Umwelt:** Deutschland wird voraussichtlich sein selbstgestecktes Klimaziel für 2020 erreichen. Bis 2050 wollen wir, wie im Bundes-Klimaschutzgesetz festgeschrieben, treibhausgas-neutral sein.
- **Energie:** 43% des deutschen Stroms stammen zurzeit aus erneuerbaren Quellen. Um das gesetzlich verankerte Ziel von 65% im Jahr 2030 zu erreichen, muss die Bürokratie für den Mittelstand abgebaut und der Ausbau weiter gefördert werden.
- **Verkehr:** Der Klimaschutzplan 2050, die Nationale Plattform Mobilität oder auch die der nationale Brennstoffemissionshandel sind wichtige Wegmarken für den Verkehr der Zukunft. Ein einheitliches und breites Netz von Ladesäulen soll die Akzeptanz von E-Autos fördern.
- **Internationales:** Deutschland gibt 0,61% oder 21 Milliarden Euro jedes Jahr für Entwicklungszusammenarbeit aus – damit sind wir der zweitgrößte Geber weltweit.

- **Finanzen:** Angesichts der Covid19-Pandemie hat Deutschland Schulden machen müssen, um die Folgen der Krise sozial, ökonomisch und ökologisch gerecht und nachhaltig abzufedern. Wir wollen die investitionsfreundliche Haushaltspolitik fortsetzen, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern.
- **Innere:** Deutschland verzeichnet die niedrigsten Kriminalitätsraten seit 2005. Wir stärken die Sicherheitsbehörden in ihren Auseinandersetzungen an den extremistischen Rändern und stellen uns der organisierten Kriminalität u.a. mit der Bund-Länder-Initiative zur Bekämpfung von Clankriminalität (BLICK) entgegen.
- **Gesundheit:** Die Raucherquote ist in Deutschland auf ca. 24%, ein historisches Tief, gefallen. Eine große Herausforderung bleibt Übergewicht, insbesondere bei Jugendlichen. Lebensmittelampeln wollen wir, die SPD, EU-weit einführen und Verbraucherinnen und Verbraucher über Nährstoffwerte, aber auch über die Umwelt- und Nachhaltigkeitsbilanz von Produkten aufklären.
- **Bildung:** Wir beschleunigen den Ausbau von Ganztagschulen und –betreuung, stärken den Digitalpakt Schule und sichern Ausbildungsplätze. Mit dem Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ möchten wir Menschen dabei unterstützen, die Gegenwart und Zukunft lebenswert und generationengerecht auszugestalten.

Finanzielle Entlastung der Kommunen

Die Entlastung von Städten und Gemeinden war uns in den Verhandlungen des Konjunkturpakets ein besonderes Anliegen. Kommunen sichern das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben vor Ort und müssen dazu handlungsfähig sein und investieren können.

Gleich zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung und der Koalitions-fraktionen haben wir in zweiter und dritter Lesung beraten, um die Entlastungsmaß-nahmen verfassungsrechtlich zu ermöglichen.



Die Ausfälle bei der Gewerbesteuer, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind, sollen durch Bund und Länder pauschal ausgeglichen werden. In diesem Jahr haben die Kommunen rund 12 Milliarden Euro weniger Gewerbesteuer eingenommen.

Insgesamt will der Bund rund sechs Milliarden Euro beisteuern. Die Länder haben sich verpflichtet, einen Anteil in gleicher Höhe zu leisten. Damit kommt es zu einer deutlichen Stärkung der kommunalen Haushalte.

Um die Finanzkraft der Städte und Gemeinden dauerhaft zu stärken, entlastet der Bund auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion die Kommunen bei den Kosten für Sozialausgaben. Konkret werden künftig bis zu 75 Prozent (statt 50%) der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Das sind nochmal 4 Milliarden Euro dauerhaft, jedes Jahr.

Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie Sachverständige hatten bereits bei einer öffentlichen Anhörung im Haushaltsausschuss fast einhellig die geplante finanzielle Entlastung von Städten und Gemeinden begrüßt.

„Ich freue mich“, so Esther Dilcher, Mitglied im Haushaltsausschuss, „dass wir mit dem Gesetz, das wir diese Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet haben, zur finanziellen Entlastung der Kommunen einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.“ Und Edgar Franke ergänzt: „Selbstverständlich profitieren auch die Kommunen in unseren Wahlkreisen davon, sogar unabhängig von tatsächlichen Ausfällen.“



Brand im Flüchtlingslager Moria

Vor den Toren Europas erleben wir derzeit eine humanitäre Katastrophe. Wegen eines Brandes im griechischen Flüchtlingslager Moria sind rund 13.000 Menschen obdachlos geworden – darunter zahlreiche Kinder.



In unmittelbarer Not ist schnelles Handeln gefordert. Es ist gut, dass sich die Union auf Druck der SPD hin endlich bewegt hat.

Deutschland nimmt nun insgesamt ca. 2750 Personen aus Griechenland auf - 981 mit den Zusagen seit März, 150 unbegleitete Minderjährige mit der Entscheidung vom vergangenen Freitag plus nun 1553, hauptsächlich Kinder und ihre Familien.

In der europäischen Koalition der Menschlichkeit beteiligen sich elf EU-Länder plus Norwegen und Serbien an der Aufnahme von Geflüchteten. In diesem Rahmen sind bislang 758 Geflüchtete aus Griechenland überstellt worden, 574 nach Deutschland, 184 in sechs weitere Länder.

Weitere EU-Mitgliedsländer leisten über das EU-Katastrophenschutzverfahren Sachleistungen vor Ort. Der Prozess läuft elend schleppend. Wir sehen unsere europäischen Partner weiter mit uns in der Verantwortung.

Zu der umfangreichen humanitären Hilfe vor Ort aus Deutschland zählen etwa 1028 Zelte, 7000 Schlafsäcke, 1400 Feldbetten, 22 Sanitärcontainer, Decken und Schlafunterlagen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind in Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik kaum handlungsfähig. Umso wichtiger ist es, dass wir weiterhin darauf hinarbeiten, endlich eine umfassende Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu erreichen. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir dazu vor der Sommerpause einen klaren Beschluss mit konkreten Umsetzungsvorschlägen verabschiedet:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-menschlich-solidarisch-20200616neu.pdf>

Fair Play im Welthandel und Lieferkettengesetz

Niedrigste Löhne, fehlender Arbeitsschutz, Kinderarbeit – in anderen Teilen der Welt sind das die Auswüchse der Globalisierung. Zu viele unserer Unternehmen, die im Ausland produzieren oder zuliefern lassen, nehmen solche Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf. Mit einem Lieferkettengesetz wollen wir die Reißleine ziehen, denn in vielen Produkten, die wir in Europa einkaufen, steckt Ausbeutung. Durch die niedrigen Preise wird diese Ausbeutung am Markt auch noch belohnt und setzt ehrbare Unternehmen unter zusätzlichen Druck.



Einerseits wollen wir als SPD menschenrechtliche, ökologische und soziale Standards mit konkreten Beschwerde- und Sanktionsmechanismen in alle EU-Handelsabkommen aufnehmen. Deswegen verlangen wir, dass im Mercosur-Abkommen (zwischen der EU und vier südamerikanischen Ländern), welches derzeit verhandelt wird, diese Aspekte ausdrücklich aufgenommen werden. Diese Forderung ist im Kern seit vielen Jahren fester Bestandteil aller Beschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion und aller SPD-Bundesparteitage. Im Koalitionsvertrag konnten wir sie fast 1:1 durchsetzen. Mehr Infos gibt es in der Broschüre „[Fairplay im Welthandel](#) – Für eine sozialdemokratische Neuausrichtung der Handelspolitik“ aus dem Oktober 2018.

Zweitens werden wir darauf bestehen, dass der Schutz von Menschenrechten nicht nur in internationalen Abkommen gewährleistet wird, sondern auch zum Standard in deutschen Unternehmen wird. Wir wollen Unternehmen ab 500 Beschäftigten verpflichten, Verantwortung für die Produktionsbedingungen ihrer Waren zu übernehmen - und zwar entlang ihrer gesamten Lieferkette. Das geht aber nur, wenn die Firmen auch bei Verstößen zivilrechtlich in Haftung genommen werden können. Noch konnten wir dazu keine Einigung erreichen, aber wir verhandeln weiter – ganz im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung, die das Lieferkettengesetz unterstützt.

4,3 Milliarden Euro für moderne Kliniken

Der Bundestag hat diese Woche drei Milliarden Euro für eine zukunftsfähige Krankenhausversorgung bereitgestellt. Weitere 1,3 Milliarden sollen von den Krankenhausträgern und den Bundesländern kommen.

Edgar Franke machte in seiner Rede im Plenum deutlich, dass die Koalition damit einen wichtigen Schritt geht: „Obwohl eigentlich die Länder für Investitionen zuständig sind, machen wir unsere Krankenhäuser fit für die Zukunft.

Außerdem stärken wir mit dem Gesetz unsere Wirtschaft und schaffen Arbeit“.

Das Krankenhaussystem in Deutschland sei aber viel besser als sein Ruf. Gerade in der Corona-Pandemie habe sich das deutlich gezeigt. Dennoch sieht der Gesundheitspolitiker Nachbesserungsbedarf:

„Wir müssen das Abrechnungssystem endlich praxis- und patientenorientiert weiter-



entwickeln. Dazu gehört, dass wir notwendige Vorhaltekosten finanzieren sollten. Unabhängig von der tatsächlichen Auslastung der Kliniken. Das würde den Kliniken auf dem Land helfen!“

Bundswahlgesetz

Der Deutsche Bundestag hat auf der Grundlage des bisherigen Wahlrechts bei der Bundestagswahl 2017 eine Größe von 709 Abgeordneten angenommen, eine weitere Erhöhung der Sitzzahl ist nicht ausgeschlossen. Dies könnte den Deutschen Bundestag an die



Grenzen seiner Arbeits- und Handlungsfähigkeit bringen und beeinträchtigt schon jetzt die Akzeptanz des Parlaments in der Bevölkerung.

Damit der Bundestag in Zukunft nicht weiter wächst und sich in seiner Größe wieder den vorgesehenen 598 Abgeordneten annähert, sieht der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion Folgendes vor:

- Beibehaltung der personalisierten Verhältniswahl, also der Kombination aus Direkt- und Listenwahl
- Reduktion der Wahlkreis von 299 auf 280 zur Bundestagswahl 2025,
- Ab der Bundestagswahl 2021 ermöglicht ein modifizierter Zuteilungsschnitt, dass sogenannte Überhangmandate teilweise mit Listenmandaten der gleichen Partei verrechnet werden können und gleichzeitig eine föderal ausgewogene Verteilung der Bundestagsmandate gewährleistet ist.
- Eine Kommission wird bis zum 30. Juni 2023 konkrete Vorschläge für die Zukunft erarbeiten. Für uns ist wichtig, dass auch Fragen von Parität (gleiche Geschlechterverteilung) und Wahlalter (mögliche Herabsetzung auf 16 Jahre) berücksichtigt werden.

Bild der Woche

Austausch über die Zukunft der Krankenhäuser im ländlichen Raum

Diese Woche haben sich Esther Dilcher und Edgar Franke mit dem Presse-

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



sprecher des Landkreises Kassel Harald Kühlborn getroffen. Bei dem Gespräch ging es darum, die flächendeckende Gesundheitsversorgung in Nordhessen zu stärken.

Kühlborn berichtete wie der Landkreis Kassel die Zukunft der Kliniken Hofgeismar und Wolfhagen gestaltet. Der Landkreis Kassel übernahm die beiden Krankenhäuser erst vor wenigen Monaten. So wurde ein Neustart der zuvor geschlossenen Kreisklinik Wolfhagen ermöglicht.

Ein weiteres Augenmerk des Gesprächs lag darauf, wie die Bundesförderung für Kliniken im ländlichen Raum flexibler verteilt werden kann. Franke setzt sich in seiner Arbeit im Gesundheitsausschuss seit längerem dafür ein. Ziel ist es, dass auch Standorte wie Fritzlar oder Wolfhagen vom Bund gefördert werden. Sie erhalten bisher keine Bundesmittel, sind aber wichtig für die Versorgung vor Ort.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Image by [moerschly](#) from [Pixabay](#) , Seiten 3 Edgar Franke, Seite 4 sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seiten 5 Image by [Mustafa Abusalah](#) from [Pixabay](#) , Seite 6 Image by [ryj1116](#) from [Pixabay](#) , Seite 7 Edgar Franke, Seite 8 Image by [Michael Schwarzenberger](#) from [Pixabay](#) , Seite 9 Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.